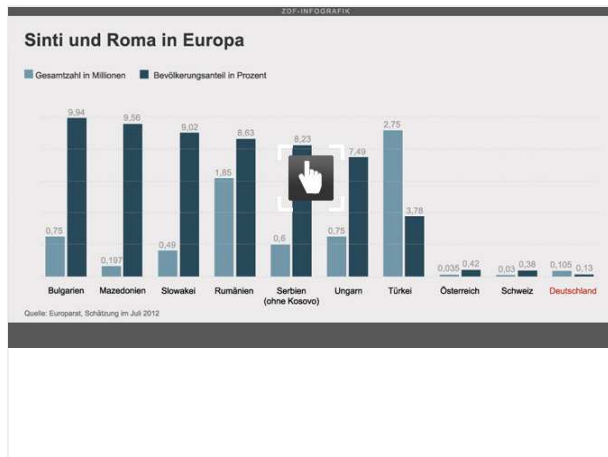


Integration von Roma und Sinti

"Politik hat Roma-Integration demonstrativ verdrängt"

Grafik Wo Sinti und Roma in Europa leben



Video Integration der Roma in Duisburg

Video

Innerhalb der Bundesrepublik geht die Stadt Duisburg mit gutem Bild bei der Integration der Roma voran -doch das kostet Geld. Deshalb fordert sie vom Bund nun weitere finanzielle Unterstützung.

(08.11.2013)

Video Einreisesperre trotz Freizügigkeitsrecht

Video

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) will, Bulgaren und Rumänen, die in Deutschland zu Unrecht Sozialleistungen kassierten, mit einem Wiedereinreiseverbot für sechs bis zwölf Monate belegen.

(28.08.2013)

Video Neue Einwanderer vom Balkan

Video

Seit einiger Zeit kommen verstärkt Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien nach Deutschland, darunter viele Roma. Hier hoffen sie auf ein besseres Leben. Doch die Realität sieht meist anders aus.

(01.06.2013)

Sie klauen angeblich blonde Mädchen, beuten die Sozialsysteme aus: Vorurteile gegenüber Sinti und Roma gibt es viele. Der Bundesrat diskutiert heute über eine bessere Integration. "Die Politik hat das Thema demonstrativ verdrängt", kritisiert Migrationsforscher Bade im heute.de-Interview. Dabei sei es "brandgefährlich".

heute.de: Beim Stichwort Roma aus Osteuropa bekommen viele geradezu Panik. Warum?

Klaus J. Bade: Durch vielerlei Missverständnisse, aber auch Fehlinformationen sind in der letzten Zeit alte Vorurteile und Stereotype wieder in Stellung gebracht worden. Gedacht wird an "Zigeuner", die grundsätzlich kulturell nicht "integrierbar" sind. Das ist Unsinn.

heute.de: Warum ist das Unsinn?

Bade: Weil das kein kulturelles, sondern ein soziales Problem ist, das in den Herkunftsländern verursacht worden ist.

heute.de: Also ein lösbares Problem?

Klaus J. Bade...



... ist Migrationsforscher, Publizist und Politikberater. Bade war bis 2012 Gründungsdirektor des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration. "Kritik und Gewalt" heißt sein Buch über Kernprobleme der Einwanderungsgesellschaft.

Bade: Ja, vor allem durch Qualifizierung und Bildung – besonders für die Kinder. Dort, wo das ganz chancenlos erscheint, zum Beispiel bei erwachsenen, unqualifizierten, berufslosen Analphabeten, sollte über eine entsprechende Überzeugungsarbeit nachgedacht werden, was eine geförderte Rückkehr angeht. Außerdem muss auf der europäischen Ebene daran gearbeitet werden, dass es für Roma weniger Gründe gibt, aus ihren Herkunftsländern auszuwandern.

heute.de: Ansätze dazu gab es ja bereits.

Bade: Dafür sind schon Milliarden fehlinvestiert worden – nämlich in die Taschen von korrupten Politikern und in die Kassen von feisten Sozialbürokratien, die nur Papier produziert haben, mit denen man in Bulgarien und Rumänien schon die Wände der Amtszimmer tapezieren könnte. Das kann aber kein Hinderungsgrund sein, hier gezielt und kontrolliert nochmals zu investieren – im Gegensatz zu der populistischen Äußerung unseres Bundesinnenministers Hans-Peter Friedrich, man zahle für die gleiche Sache nicht zweimal.

heute.de: Viele der Roma haben in den osteuropäischen Ländern bereits eine lange Diskriminierungsgeschichte hinter sich. Wie kann Deutschland ihnen offener begegnen?

Bade: Die Diskriminierung der Roma ist in Europa Jahrhunderte alt. Sie hat aber auch mit der deutschen Geschichte zu tun. In der Zeit des Nationalsozialismus waren Roma und Sinti nach den Juden am zweitstärksten - nämlich mit rund 500.000 Opfern - vom Holocaust betroffen; die unüberschaubare Zahl der Verstümmelten und auf andere Weise Gequälten nicht eingerechnet. Und es gibt auch eine historisch sehr junge deutsche Deportationsgeschichte, denn die meisten der Hunderttausenden von Roma-Flüchtlingen, die Anfang der 1990er Jahre vor dem Hintergrund der Balkankriege nach Deutschland gekommen waren, wurden damals "rückgeführt".

Sinti und Roma

Armutsmigration in Europa



Zehn bis zwölf Millionen Roma leben nach Schätzungen in Europa, viele davon in Armut und Ausgrenzung. Seit Bulgarien und Rumänien 2007 der Europäischen Union beitraten und ihre Staatsbürger sich frei in der EU bewegen dürfen, nutzen auch immer mehr Roma ihre neuen Rechte und emigrieren, um der prekären Situation in ihrer Heimat zu entkommen. Laut dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) lag die Nettozuwanderung, also die Differenz zwischen Zugezogenen und Fortgezogenen aus Bulgarien und Rumänien, in Deutschland 2012 bei 71.000 Menschen.

Ab dem 1. Januar 2014 haben bulgarische und rumänische Bürger in Deutschland auch uneingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt. Eine Studie des IAB von August 2013 schätzt, dass die Zahl dann auf 100.000 bis 180.000 Personen steigen könnte.

Herausforderung für deutsche Städte

Schon jetzt stellt die Zuwanderung von Sinti und Roma deutsche Städte vor Herausforderungen. Knapp 25.000 neu zugezogene Rumänen und Bulgaren waren nach Angaben des Statistischen Landesamtes

Berlin-Brandenburg 2012 in Berlin gemeldet. 6.019 davon lebten im Bezirk Neukölln, 2012 waren es noch 5.610, 2011 nur 4.040. Hinzu kommen laut Neuköllns Migrationsbeauftragtem Arnold Mengelkoch noch rund 4.000 nicht gemeldete Personen. Das Bezirksamt gehe davon aus, dass ein großer Anteil der Einwanderer der Minderheit der Roma zugehörig sind, heißt es im dritten Roma-Statusbericht des Bezirkes. Der Berliner Senat räumt ein, dass es erhebliche Zugangsprobleme zum regulären Wohnungsmarkt gibt. Wohnungen würden überteuert, ohne Strom und Heizung vermietet und Familien verlören plötzlich ihre Wohnungen, heißt es im "Berliner Aktionsplan zur Einbeziehung ausländischer Roma" vom Juli dieses Jahres. Roma, die keine Unterkunft hätten, übernachteten in Autos, auf öffentlichen Plätzen und in Parkanlagen. "In den Bereichen Gesundheit, Bildung und Wohnen ist eine Versorgung der neuen Zuwanderergruppen noch nicht möglich", heißt es weiter. Ein Aktionsplan des Senats soll die Lage der ausländischen Roma und ihrer Familien in Berlin verbessern.

EU unzufrieden mit Integrationsmaßnahmen

Die EU-Kommission ist unzufrieden mit den bisherigen Fortschritten der EU-Länder bei der Integration der Roma. "Vor zwei Jahren haben wir die Länder aufgefordert, Strategien zugunsten der Roma zu entwickeln", sagte die EU-Justizkommissarin Viviane Reding im Juni in Brüssel. "Sie haben seither zwar Ergebnisse erzielt, aber nur sehr begrenzt." Reding fordert die Länder unter anderem auf, mehr Geld zur Unterstützung der Roma bereitzustellen und mehr Mittel aus Brüsseler Sondertöpfen abzurufen.

Die Kommission empfiehlt den Ländern auch, stärkere Gesetze zum Schutz von Roma-Frauen und Kindern zu erlassen. So sollten die Regierungen gegen Zwangs- und Kinderehen vorgehen und das Betteln verbieten, sofern Kinder beteiligt seien. Gleichzeitig seien mehr Ausbildungsprogramme für Roma und eine bessere Gesundheitsversorgung nötig, zum Beispiel über Krankenversicherungen und Beratungsangebote für Schwangere und junge Mütter. Die Länder müssten auch die "unangebrachte" Praxis aufgeben, Roma-Kinder in Sonderschulen unterzubringen.

Als Positiv-Beispiele für Integrationsmaßnahmen nannte Reding die Roma-Strategie des Bundeslandes Berlin und die Entscheidung des Landes Schleswig-Holstein, Sinti und Roma mit deutscher Staatsbürgerschaft als ethnische Minderheit anzuerkennen.

NS-Zeit: geächtet, verfolgt, entrechtet

Sinti und Roma leben seit 600 Jahren in Deutschland. Sinti sind dabei die aus West- und Mitteleuropa stammenden Angehörigen der Minderheit, Roma die aus Ost- und Südosteuropa. Nach Schätzungen ihres Zentralrats gibt es heute etwa 70.000 deutsche Sinti und Roma. Neben Deutsch sprechen sie als zweite Muttersprache Romanes.

In der NS-Zeit wurden Sinti und Roma als "Zigeuner" geächtet, verfolgt und entrechtet. 1938 ordnete SS-Reichsführer Heinrich Himmler die "endgültige Lösung der Zigeunerfrage" an. Dem Völkermord fielen bis zu 500.000 Männer, Frauen und Kinder zum Opfer. Nach dem Krieg stand in Deutschland zunächst die Aufarbeitung des Holocaust an sechs Millionen Juden im Mittelpunkt. 1982 erkannte der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) auch die NS-Verbrechen an Sinti und Roma offiziell als Völkermord an. Die Entschädigung für überlebende KZ-Opfer wurde in Tausenden Einzelfällen nochmals überprüft.

"Zigeuner"

Der Begriff "Zigeuner" ist eine in seinen Ursprüngen bis ins Mittelalter zurückreichende Fremdbezeichnung. Der Zentralrat der Sinti und Roma lehnt den Begriff als diskriminierend abgelehnt, weil er mit Klischees und Vorurteilen verbunden ist.

In ihren jeweiligen Heimatländern bilden die Sinti und Roma historisch gewachsene Minderheiten, die sich selbst Sinti oder Roma nennen, wobei Sinti die in West- und Mitteleuropa beheimateten Angehörigen der Minderheit, Roma diejenigen ost- und südosteuropäischer Herkunft bezeichnet. Außerhalb des deutschen Sprachraums wird Roma als Name für die gesamte Minderheit verwendet.

(Quelle: dpa, epd, Zentralrat Sinti und Roma)

heute.de: Was bedeutet das für die Gegenwart?

Bade: Diese Menschen haben ein begründetes Misstrauen nach außen und suchen Rückhalt nur nach innen, nämlich im Familienverband. Das heißt: Gedanken an konventionelle Integrationskurse, die nicht die ganze jeweilige Familie einbeziehen, haben wenig Chancen. Das hätte man sehr viel früher erkennen können, wenn man sich rechtzeitig darum gekümmert hätte.

heute.de: Was hat die Politik denn verschlafen?

Bade: Die Bundespolitik hat den Appell aus Brüssel, eine Integrationskonzeption für erwartbar zuwandernde Roma zu entwickeln, nicht nur passiv verschlafen, sondern demonstrativ verdrängt und übersprungen – und zwar mit der im Dezember 2011 an Brüssel gegebenen Antwort: Das sei unnötig, die hier lebenden Roma und Sinti seien gut integriert, ansonsten gebe es die Integrationskurse. Das war eine Art Kriegserklärung an die Realität.

Weitere Links zum Thema



(<http://www.heute.de/Marias-Eltern-gefunden-Roma-aus-Bulgarien-30366558.html>)

Roma-Mädchen

Marias Eltern gefunden - Roma aus

Bulgarien (<http://www.heute.de/Marias-Eltern-gefunden-Roma-aus-Bulgarien-30366558.html>)

Artikel

heute.de: Mittlerweile scheint man das anders zu sehen.

Bade: Ja, die Städte haben Alarm geschlagen und damit eine breite öffentliche Diskussion ausgelöst. Jetzt sehen wir eine Verstärkung der schon seit langem nötigen Abstimmung zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu diesem brandgefährlichen Thema.

heute.de: Tatsächlich so gefährlich?

Bade: Ich fürchte, wenn man die Dinge sich selbst überlässt, könnte es zu ähnlichen Exzessen kommen wie in den frühen 90er Jahren. Es geht nicht nur um die Freizügigkeit bei der Arbeitsplatzwahl ab 2014, es geht auch um Sozialtransferleistungen. Hier zeichnet sich in der Rechtsprechung ab, dass Roma als EU-Bürger Zahlungen wie Hartz IV erhalten könnten, ohne vorher hier erwerbstätig gewesen zu sein. Das kann zu einem Sprengsatz für die öffentliche Diskussion, für die Konfrontation auf den Straßen und sogar für die Haltung zum Projekt Europa selbst werden. Hier ist Gefahr im Verzug. Wir brauchen einen Sozialfonds für die betroffenen Kommunen und aus dem Hohen Berlin endlich gesellschaftspolitische Aufklärungs- und Vermittlungsarbeit anstelle der populistischen Sprüche des Noch-Bundesinnenministers Friedrich.

Das Interview führte Christian Thomann-Busse

08.11.2013